

Nachhaltige Bundeswehr?

Die Nachhaltigkeitsberichte des BMVg in Zeiten des Klimawandels

von Karl-Heinz Peil

Der Begriff Nachhaltigkeit spielt heute im politischen Diskurs eine wesentliche Rolle. Dabei geht es vor allem um die Umwelt- und Klimapolitik, aber auch um die damit zusammenhängende Politik des globalen Nord-Süd-Konfliktes. Für zivilgesellschaftliche Forderungen ist dieser Begriff aber eher problematisch, da allein schon dessen inflationäre Verwendung auf einen Missbrauch für eine letztlich „weiter so“-Politik hindeutet. Dieser Eindruck drängt sich natürlich auch bei den hier betrachteten Nachhaltigkeitsberichten des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) auf. Ginge es nur darum, die dort postulierte Nachhaltigkeit als Propaganda abzutun, wäre der mit dieser Studie erfolgte detaillierte Aufwand nicht erforderlich. Denn an Propaganda durch die Bundesregierung ist man mittlerweile gewöhnt, z.B. sowohl bei der Außen- und Sicherheitspolitik als auch in der Umwelt- und Klimapolitik sowie der globalen „Entwicklungspolitik“. In diesem Fall geht es aber um die Frage nach den Motiven für Nachhaltigkeitsberichte, deren Inhalte sich – wie in dieser Studie aufgezeigt wird – als bloße Nebelkerzen erweisen. Ein naturgrüner Anstrich für die olivgrüne Institution Bundeswehr – warum?

Grundlegend für diese Studie ist, dass die mittlerweile vorhandene Unschärfe des Nachhaltigkeitsbegriffes beleuchtet wird und dass trotz des Spagats zwischen verschiedenen Definitionen dennoch ein analytisches Verständnis möglich ist. Auch der spezifische Hintergrund der Nachhaltigkeitsberichte muss kompakt dargestellt werden. Mit diesen methodischen Voraussetzungen wird eine andere Sichtweise auf die Bundeswehr möglich, die fundamental ist sowohl für Initiativen im Umwelt- und Klimaschutz wie auch für Eine-Welt-Initiativen, die sich für globale Gerechtigkeit engagieren.

Die aus friedenspolitischer Sicht vorhandene Kritik an der Institution Bundeswehr und deren geopolitische Ausrichtung als Machtinstrument für wirtschaftliche Interessen Deutschlands soll in dieser Studie nicht analysiert werden. Vielmehr geht es um Anknüpfungspunkte zu einem Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Bewegungen, das zunächst einmal eine „gemeinsame Sprache“ erfordert. Grundlegend für friedenspolitische Initiativen ist dabei ein Verständnis der Nachhaltigkeitsdebatte und deren Instrumentalisierung. Mit anderen Worten: Unabhängig von der aus friedenspolitischer Sicht vorhandenen „klassischen“ Kritik an der Bundeswehr müssen auch Kritikpunkte beleuchtet werden, die für Umwelt- und Klimainitiativen sowie Eine-Welt-Initiativen bisher noch wenig thematisiert wurden.

Im Bundeshaushalt beträgt derzeit der Anteil des BMVg mit dem Einzelplan 14 allein 12% des Gesamthaushaltes. Während aber in den anderen Ministerien und Einzelplänen Ausgaben im Wesentlichen als Transferleistungen erfolgen, wird vom BMVg mit der Bundeswehr die größte staatliche Einzel-Institution verwaltet bzw. mit dem Einzelplan 14 finanziert. Zur Kritik an diesen Ausgaben müssen die vorhandenen Begründungen herangezogen werden. Dieses ist zunächst das Bundeswehr-Weißbuch 2016, in dem die aktuellen Aufgaben dieser Institution beschrieben sind. Darüber hinaus muss aber auch geprüft

werden, welche Rechtfertigungen sich in dem weltpolitischen Umfeld ergeben, die aktuell durch den Diskurs um Maßnahmen und Ressourcen gegen den Klimawandel bestimmt wird. Dieses wiederum ist eingebunden in die aktuellen Ziele der UNO-Weltgemeinschaft,

definiert als „Globale Ziele“, „Agenda 2030“ oder als die 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDG). Wenngleich dort die Maßnahmen zum Klimaschutz in direkter Form nur als ein Teilziel definiert sind, so haben die Sekundärwirkungen des Klimawandels doch erhebliche Rückwirkungen auf andere Teilziele. Schließlich geht es dabei auch um eine möglichst effiziente Verteilung der vorhandenen Ressourcen. Diese werden weltweit und auch in Deutschland in erheblichem Maße zunehmend durch das Militär absorbiert, während gleichzeitig das globale Teilziel „Frieden und Gerechtigkeit“ sich gegenläufig entwickelt.

1. Nachhaltigkeit: Begriffsdefinitionen und Strategien

Ursprünge und aktuelle Bezüge

In dem 1987 vorgelegten Bericht der sogenannten Brundtland-Kommission, auch Weltkommission für Umwelt und Entwicklung genannt, wurde der Nachhaltigkeitsbegriff als zentrales Element aufgenommen und wie folgt definiert:

„Dauerhafte (nachhaltige) Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Zwei Schlüsselbegriffe sind wichtig: der Begriff Bedürfnisse, insbesondere die Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt sollen Priorität haben; der Gedanke von Beschränkungen, die der Stand der Technologie und der sozialen Organisation auf die Fähigkeit der Umwelt ausübt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen.“

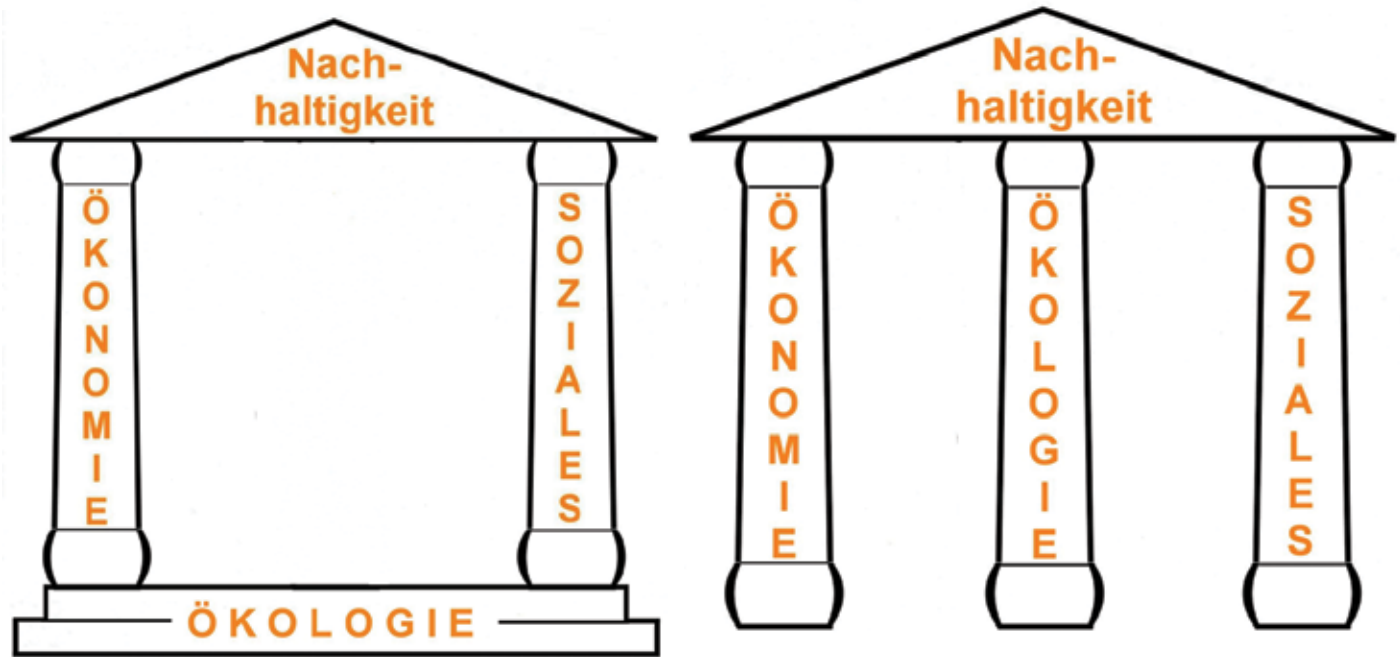
Auf dieser Basis wurde auf dem Weltgipfel 1992 beschlossene nationale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, was als Aktionsprogramm unter dem Begriff Agenda 21 auf den Weg gebracht wurde. Als Nachfolge gelten die Sustainable Development Goals von 2016 bis 2030 bzw. die Agenda 2030.

Begriffliche Elemente und alternative Begriffe

Der englische Begriff „sustainable“ wird übersetzt mit: aufrechterhalten, nachhaltig und aushaltend sein. In der Studie des Club of Rome aus dem Jahr 1972 wird als Konsequenz aus den „Grenzen des Wachstums“ ein „aufrechterhaltbares Welt-system“ gefordert. Weniger häufig, aber korrekt umschrieben wird Nachhaltigkeit mit den drei begrifflichen Elementen Suffizienz, Konsistenz und Effizienz.

Unter Suffizienz versteht man meist die individuelle Beschränkung der Ressourcennutzung auf ein tatsächlich notwendiges Maß, mit dem vorhandene Grundbedürfnisse dennoch ausreichend befriedigt werden können. Hierbei geht es aber nicht nur um individuelle Verhaltensweisen, sondern um sozio-kulturelle und politische Rahmenbedingungen.

Mit Konsistenz wird umschrieben, dass Rahmenbedingungen



Klassisches Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit (rechts) versus Zwei-Säulen-Modell (links).
Grafik: Herwig Winter (BUND)

für eine kontinuierliche Entwicklung vorhanden sind, d.h. dass gemessen am Umfang der verwendeten Ressourcen diese auch langfristig verfügbar sind.

Effizienz heißt, dass die für einen definierten Zweck benötigten Ressourcen so optimal eingesetzt werden, dass eine Verschwendung vermieden wird. Das heißt: Ressourcen einsparen, ohne hierbei Abstriche an vorhandenen Bedürfnissen vorzunehmen.

Ein einfaches Beispiel ist die Verwendung von Druckerpapier: (Ressourcen-)Effizienz ist die Verwendung von Recyclingpapier, Suffizienz ist die Vermeidung unnötiger Ausdrucke. Ein anderes Beispiel: Bei der aktuell breit diskutierten Verkehrswende bedeutet Suffizienz der Verzicht auf motorisierten Individualverkehr mit eigenem Pkw, während die Effizienz sich aus Größe und CO₂-Emissionen eines Pkws ergibt. Bei der Frage einer generellen Verlagerung von Pkws mit Verbrennungsmotoren auf Elektroantriebe geht es neben Suffizienz und Effizienz auch um die Konsistenz im Sinne von Zukunftsfähigkeit langfristig benötigter Ressourcen und der gesamten Verkehrs-Infrastruktur.

Bei dem häufig verwendeten Begriff des ökologischen Fußabdrucks als Nachhaltigkeits-Maßstab fließen Suffizienz und Effizienz zusammen. Ein ähnlich gelagerter, aber etwas vereinfachter Begriff ist der ökologische Rucksack (engl.: Material Footprint), der in Verbindung mit nachhaltigem Konsum herangezogen wird. Häufiger verwendet wird der CO₂-Fußabdruck, der zwar per Definition die Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus eines Produktes beinhaltet, in der Praxis aber wesentlich selektiver ist.

Das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit

Das sog. Drei-Säulen-Modell besagt, dass Nachhaltigkeit auf den drei Säulen von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung beruht. Die gleichrangige Behandlung dieser drei Faktoren gesellschaftlicher Entwicklung bedeutet aber, dass ökologische Grundsätze leicht ausgehebelt werden können. Typisches Beispiel dafür ist das Arbeitsplatzargument, das immer dann als Bremsklotz herhalten muss, wenn ambitionierte Ziele zum Klimaschutz eingefordert werden. Faktisch läuft dieses Modell auf die Aufrechterhaltung ökonomischer

Vorgaben („Weiter so“) hinaus, wobei die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Maßnahmen eher dem Charakter einer Schadensbegrenzung zukommt. Prinzipiell wird bei dem Drei-Säulen-Modell jeglicher Ressourceneinsatz als Bestandteil einer Wertschöpfungskette positiv bewertet, da er (in der Säule Ökonomie) zur Steigerung des BIP beiträgt. Gleichzeitig wird eine relative Effizienz der hierbei eingesetzten Produkte gleichfalls positiv bewertet (Säule Ökologie). Ein Gegenmodell dazu wäre ein aus der Umweltbewegung vorgeschlagenes Zwei-Säulen-Modell, das die Ökologie als Fundament betrachtet, auf dem die beiden Säulen Ökonomie und Soziales stehend die Nachhaltigkeit im Sinne von Suffizienz, Konsistenz und Effizienz ermöglicht.

Dass das Drei-Säulen-Modell sich dennoch als Quasi-Standard etabliert hat, steht auch in einem engen Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitsberichten, bei denen es darum geht, die ökonomische Zielsetzung eines Unternehmens im Kontext mit ökologischer und sozialer Verantwortung darzustellen, wie nachfolgend noch beschrieben wird. Damit wird wie selbstverständlich die dauerhafte Erwirtschaftung von Gewinnen als „nachhaltiges Wirtschaften“ definiert. Dass dieses Prinzip in der Regel nicht auf Suffizienz ausgerichtet ist, sondern allenfalls auf Effizienz (im Sinne von Wettbewerbsvorteilen), hebt den Nachhaltigkeitsbegriff praktisch aus.

Die Agenda 2030

Die 2015 von der UNO verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) für den Zeitraum 2016 bis 2030 werden deutschsprachig überwiegend unter dem Begriff Agenda 2030 zitiert. Diese umfassen 17 Oberziele, die durch 169 Unterziele erläutert und konkretisiert werden. Kurzgefasst sollen als wichtige Kriterien an dieser Stelle genannt werden: Die fünf Hauptziele Gesundheit, Energie, Klima, Wasser und Bildung hängen in Konfliktregionen von Ziel 16 (Frieden) ab. Da die 17 Ziele sowohl für Entwicklungsländer wie auch für hoch entwickelte Länder (d.h. den globalen Süden und den globalen Norden) gelten, ergeben sich an einigen Stellen Unschärfen, da Wirtschaftswachstum und nachhaltiger Konsum je nach Region diametral verschieden interpretiert werden können.

Mit der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) in der

Neuaufgabe von 2016 erfolgt auf 260 Seiten eine Fortschreibung dessen, was seit 2002 bzw. 2004 alle vier Jahre in der Form sogenannter Fortschrittsberichte weiterentwickelt wird. Auf der Homepage der Bundesregierung heißt es dazu: „Die Neuaufgabe der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zeigt anhand der Globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 auf, welche Aufgaben wir uns stellen, um unseren Beitrag zu einer weltweiten Verpflichtung auf eine nachhaltige Entwicklung zu leisten.“

In einer kritischen Stellungnahme schrieb der Umweltverband BUND dazu:

„Entlang dieser 17 Ziele hat die Bundesregierung die neue Strategie auch gegliedert. Sie benennt Prioritäten, Indikatoren und geplante Maßnahmen – Ziele bis 2030 fehlen jedoch weitestgehend. Der Ansatz der neuen Strategie geht zwar in die richtige Richtung, wird aber dem umfassenden Anspruch der SDG nicht gerecht, Hunger und Armut zu beenden, Zugang zu bezahlbarer, moderner und nachhaltiger Energie für alle Menschen auf der Welt zu schaffen, nachhaltigen Konsum sicherzustellen – und vieles mehr. Die Bundesregierung muss ihre Ziele daher im Hinblick auf 2030 deutlich schärfen sowie mit verbindlichen Zwischenschritten und wirksamen Maßnahmen unterlegen. Dafür sind eine profunde Analyse des bisher nicht Erreichten und konsequente Nachbesserungen erforderlich.“

Das Prinzip Greenwashing

Für zahlreiche Unternehmen spielt es heutzutage eine strategische Rolle, die nicht vorhandene Umweltverträglichkeit bzw. fehlende ökologische Nachhaltigkeit bei den eigenen Produkten und Dienstleistungen zu verschleiern. Diesbezügliche Irreführungen erfolgen nicht nur bei Werbeaktionen, sondern auch mittels Nachhaltigkeitsberichten. Hierfür hat sich der Begriff Greenwashing etabliert. Wichtige Merkmale von Greenwashing sind:

Selektive Darstellung der Umweltwirkung von Produkten und Dienstleistungen (z.B. mit CO₂-Fußabdruck nur in der Nutzungsphase anstelle des umfassenderen ökologischen Fußabdrucks über den Lebenszyklus);

Redefinition des Begriffes Nachhaltigkeit als vermeintlicher Gleichklang ökonomischer, sozialer und ökologischer Faktoren und/oder dessen inflationäre Verwendung;

Verschleierung der Unternehmensziele, die konträr zu Suffizienz, Konsistenz und Effizienz ausgerichtet sind, um vorhandene Ressourcen in möglichst großem Umfang profitabel zu vermarkten.

Die UN-Nachhaltigkeitsziele werden mittlerweile durch eine selektive Bezugnahme in Nachhaltigkeitsberichten auch zum Greenwashing missbraucht.

2. Nachhaltigkeitsberichte: Funktion, Inhalte und Beispiele

Die aktuell gängige Form des Berichtswesens hat sich in den beiden letzten Jahrzehnten zunächst vor allem bei Großunternehmen etabliert und erstreckt sich mittlerweile auch auf behördliche Institutionen (wie das BMVg) und mittelständige Unternehmen. Untrennbar verbunden ist die hierbei erfolgende Darstellung mit dem o.g. Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit. Auch damit wird Greenwashing zumindest bei Großunternehmen ein fester Bestandteil der NB.

Wenngleich es keine starren Festlegungen zu den Inhalten

von NB gibt, so bestehen doch maßgebliche Empfehlungen. Ganz allgemein gilt:

1. Darstellung von Zielsetzungen (Visionen und Strategien);
2. Kennzahlen zur Veranschaulichung von Entwicklungen und Abgleich mit den Zielsetzungen;
3. Darstellung des Managementsystems, um zu veranschaulichen, wie durch Entscheidungsprozesse die dargestellte Nachhaltigkeit erreicht werden kann.

Das Umweltbundesamt (UBA) hat 2007 vor allem mit Blick auf mittelständige Firmen „Empfehlungen für eine gute Unternehmenspraxis“ herausgegeben. Danach sollte der Bericht mindestens folgende Kennzahlen enthalten:

- Energieverbrauch und Klimaschutz: Energieverbrauch, Anteil regenerativer Energien, Energieeffizienz, Emissionen von Treibhausgasen wie CO₂ und anderen Luftschadstoffen;
- Abfallaufkommen: Gesamtabfallmenge differenziert nach den wichtigsten Abfallarten bzw. Behandlungsformen;
- Wassermanagement: Wasserverbrauch, Abwasseraufkommen und damit verbundene Schadstoffemissionen z.B. von Schwermetallen;
- Verbrauch von Rohstoffen: wesentliche Stoffströme nach Art und Menge, Materialeffizienz.

Von diesen vier Hauptkriterien wird nur der Energieverbrauch in den NB des BMVg teilweise dargestellt.

Für die Beurteilung der in Nachhaltigkeitsberichten behandelten Themen müssen auch Kriterien für deren Relevanz vorhanden sein. Man unterscheidet:

Primärprozesse, die zum Kerngeschäft gehören bzw. für das Unternehmensziel relevant sind;

Sekundärprozesse, die unterstützende Funktionen haben, vor allem die Verwaltung der internen Logistik und Infrastruktur sowie das Immobilienmanagement. Da diese unternehmensübergreifend relativ ähnlich gelagert sind, gibt es auch naheliegende Gründe für ein Outsourcing, wie z.B. mit der BwFuhrparkService GmbH für zivile Fahrzeuge bei der Bundeswehr.

Bei der Bewertung von Nachhaltigkeitsberichten ist deshalb zunächst zu prüfen, ob die dort behandelten Themen zu den Primärprozessen des Unternehmens bzw. der Institution gehören, d.h. ob die Zielsetzung eines Unternehmens der Nachhaltigkeit dient.

3. Die Bundeswehr-Nachhaltigkeitsberichte: Generelle Bewertung

Inhalte der bisherigen NB

Zugrunde liegt der Erstellung von NB des BMVg das vom Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung im Dez. 2010 im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland beschlossene 12-Punkte-Maßnahmenprogramm „Nachhaltigkeit konkret im Verwaltungshandeln umsetzen“.

Der erste NB aus dem Jahr 2012 ist überschrieben mit „Nachhaltige Entwicklung in der Bundeswehr“ mit dem Untertitel „Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung“. Ab 2014 heißt es auf dem Deckblatt: „Nachhaltigkeitsbericht 201[x] des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr“. Hinter dieser Semantik verbirgt sich, dass der Betrachtungsgegenstand von der Institution Bundeswehr auf das Ministerium und die direkt zugeordneten Bundesbehörden verschoben wird.

Folgende Einzelthemen werden in den vier Nachhaltigkeitsberichten – mit unterschiedlichem Umfang bzw. wechselnder Schwerpunktsetzung behandelt:

- Naturschutz auf Übungsplätzen
- Umweltschutz / Altlastenbeseitigung
- Nachhaltiges Bauen
- Erneuerbare Energien
- Energieverbrauch Liegenschaften
- Nachhaltige Mobilität / Fuhrpark
- Nachhaltige Beschaffung
- Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Dienst

zusätzlich ab 2016:

- Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen

zusätzlich 2018:

- Korruptionsprävention
- Rüstungskontrolle
- Gesundheitsversorgung

(Fehlende) Strategie

Für die Bundeswehr gibt es keine eigene Nachhaltigkeitsstrategie seitens des BMVg. Dieses ergibt sich aus dem Bundeswehr-Weißbuch 2016, wo der Begriff Nachhaltigkeit nur an einer Stelle in Bezug auf Beschaffung von Rüstungsgütern auftaucht.

Im Nachhaltigkeitsbericht 2012 heißt es einleitend:

„Auch wenn die Nachhaltige Entwicklung nicht zum Kerngeschäft des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) gehört, findet sie im Verteidigungsressort ihren besonderen Niederschlag in Begriffen wie ‚nachhaltige Konfliktlösungen‘, ‚vorausschauende und nachhaltige, letztlich erfolgreiche Sicherheitspolitik‘; ‚nachhaltige Friedenslösungen‘, ‚nachhaltige Konsolidierung von Frieden und Stabilität‘, ‚nachhaltige Friedenssicherung‘.“

Was hier mit einem Begriffs-Sammelsurium umschrieben wird, könnte man auch wie folgt ausdrücken: Die Bundeswehr ist im engeren Sinne keineswegs nachhaltig, im erweiterten Sinne aber durchaus.

Nachhaltig wäre eine Militärmission, wenn diese als Bestandteil einer Suffizienzstrategie angesehen werden könnte oder wesentliche Ziele der Agenda 2030 damit vorangebracht würden. Allerdings gibt es selbst für die hiermit zumindest indirekt angesprochene zivil-militärische Zusammenarbeit keine Erfolgsbelege, sondern nur Wunschkonzepte. Praktisch werden in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg nur insti-

tutionelle Sekundärprozesse behandelt, während die militärischen Kernbereiche komplett ausgespart werden.

Völlig anders als noch im NB 2012 wird im Vorwort der Ausgabe 2018 durch die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die Nachhaltigkeit indirekt als Kernaufgabe der Bundeswehr dargestellt, indem die Umsetzung der Agenda 2030 als Schwerpunkt dargestellt wird:

„Mit dem nun vorliegenden dritten Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr zeigt sich, dass der Nachhaltigkeit auch im internen Verwaltungshandeln des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr dauerhaft eine bedeutende Rolle zukommt. Die ergriffenen Maßnahmen tragen zur Umsetzung einer Vielzahl der in der Agenda 2030 formulierten Ziele zur nachhaltigen Entwicklung bei.“

Prinzipiell ist zwar die in dem NB 2018 erfolgende Fokussierung auf die Agenda 2030 durchaus akzeptabel. Allerdings wäre damit eine glaubwürdige Strategie nur dann gegeben, wenn hierbei explizit auf die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2016 Bezug genommen würde, der ja die Agenda 2030 zugrunde liegt. Dort werden zwar selektive Ziele unter dem SDG 16 benannt, jedoch wird die Bundeswehr als Institution überhaupt nicht aufgeführt.

Der Klimawandel wurde bisher nur im Bundeswehr-Weißbuch 2016 kurz thematisiert. Anlässlich einer Tagung des BMVg am 18. Juni 2019 zum Thema „Zukunftsszenarien Klimawandel“ wurde Prof. Dr. Carlo Masala, der an der Universität der Bundeswehr München als Lehrstuhlinhaber den Fachbereich Internationale Politik leitet, im Interview dazu befragt:

„Frage: Der Klimawandel ist ein globales Thema – was bedeutet das für Deutschland mit Blick auf ein globales militärisches Bündnis wie die NATO? C.M.: Dass sich die Bundesrepublik unter Umständen auf Einsätze vorbereiten muss, die weder der klassischen Bündnisverteidigung noch der Art der bislang erfolgten Auslandseinsätze entsprechen. Wenn die globale Erwärmung um zwei Grad steigt, dann werden unter Umständen auch Einsätze im Rahmen multilateraler Koalitionen oder Bündnisse erfolgen, die dazu dienen Flüchtlingsströme zu managen oder aber Hilfsaktionen in Gegenden durchzuführen, die überschwemmt sind. Also, es wird möglicherweise ein zusätzliches, neues Aufgabenspektrum auf Deutschland und die NATO zukommen.“

Mit anderen Worten: Der Klimawandel wird als möglicher Auslöser weiterer Bundeswehreinätze weltweit gesehen, aber



natürlich nicht die Bundeswehr als Teil des Problems. Auch rückblickend wurde diese Thematik auch an anderen Stellen von der Bundeswehr kaum bzw. nur selektiv verfolgt. So gab es 2010 vom damaligen Zentrum für Transformation der Bundeswehr eine Studie „Peak Oil – Sicherheitspolitische Implikationen knapper Ressourcen“, wo auch der Klimawandel als Zukunftsproblem angemessen thematisiert wurde.

Wesentliche Aufgabenfelder der Bundeswehr

Angesichts der grundlegenden Defizite bei den strategischen Grundlagen können nur die aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr mit den jeweils definierten Aufträgen zur Ermittlung und Bewertung der wesentlichen Aufgabenfelder herangezogen werden – unabhängig von der politischen Bewertung. Zur Beurteilung einer evtl. vorhandenen Nachhaltigkeit wäre hierbei im Einzelfall nicht nur eine Beschreibung des Auftrages, sondern auch eine Zieldefinition notwendig. Letzteres ist aber aufgrund der vorhandenen Daten nicht verfügbar.

Von den tabellarisch aufgeführten Missionen wird jedoch keine einzige in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg erwähnt. Auch bei weitestgehender, schwammiger Definition von Nachhaltigkeit lässt sich zumindest anhand der wichtigsten Bundeswehr-Auslandseinsätze feststellen, dass dort keine Problemlösungen in Verbindung mit anderen NATO- bzw. EU-Partnern erfolgt sind.

Im Afghanistan zählt nach wie vor zu den ärmsten Ländern der Welt. Ohne Militärintervention wäre das Land nach Meinung von Experten mit einem Bruchteil der bisher von den NATO-Ländern aufgewendeten Ressourcen auf einem hohen Entwicklungsniveau.

Im Kosovo ist als wesentlicher Auftragsbestandteil die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit angegeben. Das Land gilt aber als hochgradig korrupt und beherrscht von der albanischen Mafia.

In Mali hat die seit 2013 erfolgende, kriegerische „Stabilisierung“ bisher keinen Erfolg gebracht. Die gesamte Region inklusive der Nachbarstaaten gilt heute als andauernd destabilisiert.

Darstellung der CO₂-Emissionen

Die Institution Bundeswehr ist allein aufgrund ihrer Größe der größte staatliche Emittent von CO₂ bzw. Treibhausgasen. Dazu heißt es in der Erstfassung der o.g. Peak-Oil-Studie aus dem Jahr 2010:

„Weltweit haben Streitkräfte einen hohen Anteil am Verbrauch fossiler Treibstoffe – auch und gerade im Einsatz. Neben dem technologischen Vorhalten fossiler Ersatzlösungen und der Vergrößerung der strategischen Reserven ist die mittel- bis langfristige Transformation hin zu postfossilen Streitkräften unabdingbar.“

Dieses gilt natürlich auch für andere Länder und insbesondere die USA. Wäre das US-Militär ein eigener Staat, würde dieser mit seinen CO₂-Emissionen weltweit auf Rang 47 liegen, noch vor Ländern wie Schweden, Norwegen oder Finnland. Wichtiger als solche Vergleiche ist aber im Kontext dieser Studie eine andere Kennzahl: Seit 2001 werden konstant zwischen 77 und 80 Prozent (!) des gesamten Energieverbrauchs der US-Regierung durch das Verteidigungsministerium (DOD) verbraucht.

Grundlage für die Darstellung von Treibhausgas-Emissionen sind die Nationalen Inventarberichte (National Inventory Regi-

ster – NIR) gemäß den international vereinbarten Richtlinien des Weltklimarates IPCC. Diese sehen aber keine verbindliche Erfassung militärisch verursachter Emissionen vor.

Im NIR 2019 des Umweltbundesamtes (UBA) werden für stationäre und mobile Quellen gemeinsam ausgewiesen: 848 kt CO₂ für 2017. Als relevant für eine aufgeschlüsselte Darstellung sind hierbei für das Jahr 2016 als zuletzt revidierte Emissionsdaten:

- militärischer Landverkehr 271 kt CO₂
- militärischer Luftverkehr 284 kt CO₂
- militärischer Seeverkehr 27 kt CO₂
- (militärischer Verkehr gesamt: 582 kt CO₂).

Im NB 2018 werden für den Gebäudesektor 1.050 kt CO₂ im Jahr 2017 ausgewiesen, mit grafischer Darstellung der Entwicklung seit 2008. Weitergehende Angaben fehlen jedoch, insbesondere Verweise auf die o.a. Daten aus dem NIR.

Militärische NB in anderen Ländern

Für eine generelle Bewertung der BMVg-Nachhaltigkeitsberichte lohnt sich ein Vergleich mit anderen Ländern, wo ebenfalls vergleichbare Berichte erstellt und überwiegend auch eigene Nachhaltigkeitsstrategien für den nationalen Militärapparat vorhanden sind.

In Großbritannien gibt es seit 2015 die „Sustainable MOD Strategy“ des Ministry of Defence (MOD) sowie jährliche Nachhaltigkeitsberichte, die nicht nur CO₂-Emissionen, sondern auch die Entwicklung des Trinkwasserverbrauchs und der Abfallmengen enthalten.

In Kanada besteht seitens des Department of National Defence (DND) eine „Defence Energy and Environment Strategy“, jedoch keine eigenen Nachhaltigkeitsberichte. Die CO₂-Emissionen des Militärs werden mit 61% Anteil an staatlichen Institutionen angegeben.

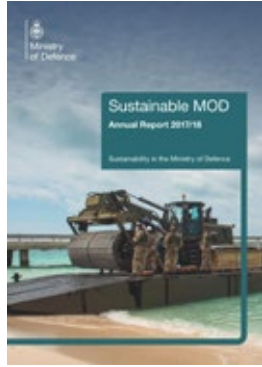
In Dänemark gibt es durch das Forsvarsministeriet als englischsprachige Fassung eine „Environment and Energy Strategy 2016-2020“ Jahresberichte der Klimabilanz beinhalten die CO₂-Emissionen von militärischem Flugverkehr, Landverkehr und Marine als Teilsommen.

All den vorliegenden Strategiepapieren ist gemeinsam, dass Reduktionsziele bei Treibhausgasen benannt werden, wenngleich dabei eine Fokussierung auf Liegenschaften bzw. Gebäude und die zivile Fahrzeugflotte erfolgt. Der militärische Sektor wird dabei mit Umschreibungen wie „sustainable operations“ nur unscharf benannt. Vor allem geht es dabei um Überlegungen zur Substitution fossiler Brennstoffe. Mit anderen Worten: Was in der inoffiziellen Peak-Oil-Studie der Bundeswehr aus dem Jahr 2010 angerissen wurde, ist in mehreren anderen NATO-Ländern Bestandteil offizieller Nachhaltigkeitsstrategien.

4. Detailkritik zu Einzelthemen

Nachhaltiges Bauen und Einsatz erneuerbarer Energien

Der Gebäudebestand der Bundeswehr verteilt sich auf 264 Standorte mit etwa 1.560 Liegenschaften. Darin werden ca. 34.000 Gebäude mit ca. 28, Mio. m² Nutzfläche geführt. Vermutlich beinhalten diese Zahlen aber erhebliche Leerstände. Aufgrund der ausgewiesenen Altersstruktur ergibt sich daraus sowohl für Neubauten als auch für Sanierungen im Gebäude-



Die Nachhaltigkeitsberichte Österreichs und Großbritanniens.

bestand ein relativ hoher Bedarf. In den bisher vorgelegten Nachhaltigkeitsberichten werden Projektbeispiele für nachhaltiges Bauen aufgeführt, z.B. in Passivbauweise. Beschrieben werden aber nur Pilotprojekte und es erfolgt keine Aussage darüber, inwieweit diese in eine langfristige Planung eingebunden sind. Da Hinweise auf den Gesamtbedarf an Sanierungen und Neubauten fehlen, liefert die Darstellung von Einzelprojekten keinerlei bewertbare Aussagen.

Auf den Liegenschaften der Bundeswehr sind mittlerweile ca. 35 Photovoltaik-(PV)-Anlagen vorhanden, was in allen bisherigen Nachhaltigkeitsberichten dargestellt wird. Angesichts des riesigen Bestandes an Liegenschaften ist dieses aber nur ein marginaler Beitrag zum Klimaschutz.

Betriebliche Energieeffizienz von Liegenschaften

Die Verbesserung der Energieeffizienz bei der Nutzung von Liegenschaften der Bundeswehr wird in allen bisher vorgelegten Nachhaltigkeitsberichten detailliert behandelt. Da in den Nachhaltigkeitsberichten auch der steigende Anteil von Ökostrom thematisiert wird, der sich im Wesentlichen aus dem Bezug von Stromanbietern ergibt, werden auch bei gleichbleibendem Verbrauch von elektrischem Strom die rechnerischen CO2-Emissionen reduziert. Ein Energiemanagementsystem nach dem seit einigen Jahren aktuellen Standard gemäß ISO 50.001 ist aktuell erst zur Einführung vorgesehen. Dieses ist insofern verwunderlich, da an Bundeswehrstandorten bereits seit den 90er Jahren eine elektronische Verbrauchsbuchhaltung erfolgt, z.B. in Form von standardisierten Heiztagebüchern. Eine darüber hinaus gehende Nutzung von Verbrauchsdaten durch systematischen Abgleich und zeitnahe Beobachtung mittels qualifizierter Mitarbeiter ist heute bereits bei den meisten Betreibern großer Liegenschaftsbestände üblich, z.B. bei Kommunen.

Ziviles Fuhrparkmanagement

Mit der Ausgründung der BwFuhrparkService GmbH im Jahr 2002 erfolgte einmal der schrittweise Umstieg der Bundeswehrverwaltung auf kleinere und verbrauchsarme (Zivil-) Fahrzeuge, aber auch eine Reduzierung des Fahrzeugbestandes durch ein behördeninternes Carsharing-Modell. Positiv ist zwar das „Downsizing“ der zivilen Fahrzeuge und die auf einem internen Carsharing-Modell beruhende Reduzierung des Flottenbestandes. Dieses stellt praktisch eine Suffizienzstrategie dar, die aber als solche in den NB nicht ausgewiesen ist. Vielmehr wird lediglich auf die gesunkenen CO2-Werte im Flottendurchschnitt verwiesen, während eine Gesamtdarstellung der Verbrauchsentwicklung (ähnlich wie bei den Liegenschaften) fehlt.

Naturschutz

Im NB 2012 heißt es als Schlussbemerkung zum Naturschutz:

„Selbst in einem rein auf militärische Aktivitäten ausgerichteten Umfeld, wie der Nutzung von Truppenübungsplätzen, leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität. Dies zeigt sich eindrucksvoll daran, dass rund zwei Drittel der Fläche der Truppenübungsplätze dem besonderen Schutz nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie bzw. nach der Vogelrichtlinie unterliegen – nicht trotz sondern wegen der militärischen Nutzung!“

Tatsächlich erfordern Truppenübungsplätze für Schließübungen eine freie Sicht mit großflächigen Heiden, Wiesen oder Sandflächen, die eine Landschaftspflege erfordern, was im Einklang mit den o.g. Naturschutzrichtlinien machbar ist. Bei einer notwendigen Gesamtbetrachtung von Natur- und Umweltschutz muss aber auch die Verseuchung durch Benzin, Diesel, Öl und Reinigungsmittel sowie das Verschießen von Munition betrachtet werden. Daraus ergibt sich ein hoch problematischer Cocktail von Giftstoffen, die letztlich in das Grundwasser gelangen und dort die zulässigen Grenzwerte weit überschreiten. Die Sanierung stillgelegter Truppenübungsplätze ist deshalb nur mit gewaltigen Kosten möglich.

Wie es in der Praxis mit dem Naturschutz auf Truppenübungsplätzen bestellt ist, hat sich anschaulich am 3. September 2018 gezeigt, als auf dem ca. 1000 ha großen Übungsgelände im niedersächsischen Meppen ein Moorbrand mit verheerenden Folgen – auch wegen der dadurch erfolgten, gigantischen CO2-Emissionen – ausgelöst wurde. Das Feuer brannte über einen Monat lang und erforderte in Spitzenzeiten den Einsatz von täglich bis zu 1.700 Einsatzkräften.

Umweltschutz und Altlastenbeseitigung

Naturschutz kann nicht losgelöst vom Umweltschutz gesehen werden. Der militärische Übungsbetrieb ist stets verbunden mit Belastungen für natürliche Lebensgrundlagen und Gesundheit von Menschen. Diese sind einmal Lärmbelastungen in unterschiedlicher Ausprägung (Kampffjet-Tiefflüge, Schießbetrieb an Truppenübungsplätzen) sowie Schadstoffeinträge in den Boden, die auch zu Belastungen des Oberflächenwassers und langfristig des Grundwassers führen.

Als derzeit größtes Problem sowohl an vorhandenen wie auch stillgelegten Militärstandorten gilt die Belastung mit PFC. Diese Chemikalien wurden vor allem bei Bundeswehr-Fliegerhorsten und US-Militärbasen im Löschschaum bei Feuerwehrübungen mit Kerosinbränden eingesetzt. Deutschlandweit gelten 23 frühere und aktuell genutzte Standorte nachweislich als PFC-belastet. Verdachtsfälle bestehen zusätzlich bei etwa 100 Standorten, wobei es sich von wenigen Ausnahmen abgesehen um (frühere) Militärstandorte handelt. Unklar bleibt, was seitens des Bundeswehramtes IUD hier tatsächlich an Maßnahmen erfolgt, zudem dieses praktisch nur im Zusammenspiel mit anderen Behörden, vor allem regionalen Regierungspräsidien erfolgen kann.

5. Fazit

Auch durch das Militär wird der Klimawandel bereits seit langen Jahren als Bedrohung angesehen. Dieses findet sowohl in offiziellen Strategiepapieren von mehreren NATO-Mitgliedsländern wie Kanada, Großbritannien und Dänemark wie

auch inoffiziellen Arbeitspapieren des Pentagon seinen Niederschlag. Dabei wird natürlich nicht die eigene Existenzberechtigung infrage gestellt, sondern mit dem Klimawandel ein neuer Gegner identifiziert, der neue Aufrüstungsmaßnahmen erfordert. Für die deutsche Politik bzw. das BMVg gilt dabei, dass der Klimawandel als Hebel für weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr anzusehen ist. Dabei sind bis heute in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg die Bundeswehr-Auslandseinsätze ein unbeschriebenes Blatt. Damit bleibt das BMVg weit hinter anderen NATO-Länder zurück, die nicht nur über „sustainable operations“ schwadronieren, sondern mit Schlagwörtern wie „Green Defence“ ihre Greenwashing-Strategien propagieren. Hierbei spielen eigene Nachhaltigkeitsstrategien und regelmäßige Nachhaltigkeitsberichte eine wichtige Rolle. In unterschiedlicher Ausprägung erfolgt darin zumindest aber eine Darstellung des Ressourcenverbrauchs anhand teilweise definierter Reduktionsziele.

Den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg liegt nach wie vor keine Strategie zugrunde, mit denen die dargestellten Inhalte im Sinne eines Fortschrittsberichtes bewertet werden könnten. Die inhaltliche Rückständigkeit der BMVg-Nachhaltigkeitsberichte ist aber leider nur ein Abbild dessen, was seitens der bisherigen Bundesregierungen gegen den Klimawandel unternommen wurde. Dieses Thema wird durch das BMVg erst in dem letzten Nachhaltigkeitsbericht 2018 überhaupt erwähnt und auch nur indirekt in Bezug auf die UN-Nachhaltigkeitsziele. Es gibt deshalb viele Gründe, von der Bundesregierung hierzu eine überfällige Positionierung einzufordern.

Trotz des seit 2012 erheblich entwickelten Aufwandes in der Darstellung hat sich inhaltlich bei den Nachhaltigkeitsberichten eher wenig geändert. Auch die in der Ausgabe 2018 hinzu gekommene Fokussierung auf die Agenda 2030 kann kaum den dürftigen Inhalt überdecken. Die größten Unterschiede lassen sich bei den Einleitungen feststellen, wo der Begriff Nachhaltigkeit einigen Drehungen und Wendungen unterworfen wird. Entscheidend und durchgängiger Kritikpunkt ist aber, dass mit dem seit 2014 geltenden Titel „Nachhaltigkeitsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr“ eine Vernebelung des Betrachtungsgegenstandes erfolgt. Es wird damit in erster Linie auf Maßnahmen der Behörde verwiesen, die in den standortbezogenen Bereichen Immobilien, Logistik und Infrastruktur angesiedelt sind und damit für die mittlerweile als Kernaufgabe definierten Auslandseinsätze der Bundeswehr nur nachrangige Bedeutung haben. Doch selbst bei den behandelten Einzelthemen fällt die Bilanz insgesamt sehr dürftig aus.

Die Bundeswehr ist aber die größte Institution der Bundesregierung und keine Bundesbehörde. Eine vorhandene Nachhaltigkeitsstrategie für (alle!) Bundesbehörden ist deshalb etwas völlig anderes als eine Strategie für eine Institution mit ca. 250.000 zivilen und militärischen Mitarbeitern und einem offiziellen Jahresbudget von 45 Mrd. Euro. Damit ergibt sich auch: Im Regierungshandeln, das der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zugrunde liegt, ist die Institution Bundeswehr der größte Verursacher von CO₂-Emissionen. In den USA verursacht das Militär (vor allem durch permanente Auslandspräsenz und Kriegsführung) 77 bis 80% der staatlichen Emissionen, in Kanada liegt dieser Anteil bei über 60%.

Stellt man nun die berechtigte Frage, was diese Institution eigentlich leistet, so lautet die Antwort: Offenbar nichts, was in den Nachhaltigkeitsberichten des BMVg darstellbar wäre. Die Bundeswehr muss man aber nicht nur bei den Nachhaltigkeitsberichten mit deutschen Großunternehmen der Automobil- und

Chemieindustrie vergleichen, die als „Global Player“ weltweit agieren. Diese legen formal korrekte Nachhaltigkeitsberichte hin, mit denen aber massiv Greenwashing betrieben wird. Dieses erfolgt aus der Not heraus, dass zivilgesellschaftlich deren umweltschädliche Produkte auch immer mehr kritisch gesehen und infrage gestellt werden. Das BMVg versucht hingegen, die Bundeswehr als größte staatliche Institution und als solche auch größten staatlichen Einzelemittenten von Treibhausgasen mit Nebelkerzen bzw. Belanglosigkeiten zum Thema Nachhaltigkeit zu verstecken. Eine Delegitimierung der Bundeswehr sollte deshalb hier ansetzen und folgende Fragen in den politischen Diskurs zu bringen:

1. Für welche Aufgaben werden vom BMVg (im Haushaltsjahr 2020) 45 Mrd. Euro budgetiert?
2. Wofür könnte man diesen Betrag im Sinne einer nationalen Nachhaltigkeit bzw. einer Suffizienzstrategie am besten einsetzen?
3. Inwieweit ist der aufgeblähte Rüstungshaushalt auch bezüglich der notwendigen Ressourcen für die weltweite Agenda 2030 und den Klimaschutz ein wesentlicher Teil des Problems?

Anmerkungen

Der vorliegende Beitrag ist die Kurzfassung der gleichnamigen IMI-Studie 2019/8, die gratis auf der IMI-Internetseite zu finden ist. Dort finden sich auch die detaillierten Quellenangaben mit teilweise weiteren Anmerkungen. Die Studie kann auch im Zehnerpack (10 Euro) in Print bestellt werden.

IMI-STUDIE
Nr. 8/2019 - 20.11.2019 - ISSN: 1611-211X

Nachhaltige Bundeswehr?
Die Nachhaltigkeitsberichte des BMVg in Zeiten des Klimawandels
von Karl-Martin Pöhl

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung.....	2	4. Detailkritik zu Einzelthemen.....	11
1. Nachhaltigkeit: Begriffsdefinitionen und Strategien.....	2	4.1 Nachhaltiges Bewusstsein und Einsatz erneuerbarer Energien.....	11
1.1 Ursprünge und aktuelle Bezüge.....	2	4.2 Betriebliche Energieeffizienz von Liegenschaften.....	11
1.2 Begriffliche Elemente und alternativer Begriff.....	3	4.3 Ziviles Fuhrparkmanagement.....	11
1.3 Das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit.....	3	4.4 Naturschutz.....	12
1.4 Die Agenda 2030.....	4	4.5 Umweltauslast und Abfallvermeidung.....	13
1.5 Das Prinzip Greenwashing.....	4	4.6 Rüstungskontrolle.....	13
2. Nachhaltigkeitsberichte: Funktionen, Inhalte und Beispiele.....	5	4.7 Korruptionsbekämpfung.....	14
2.1 Ursprünge und heutige Funktion.....	5	4.8 Sonstige Themen.....	14
2.2 Schlüsselmerkmale.....	5	5. Fazit.....	15
2.3 Wesentliche Kriterien für wesentliche Inhalte.....	5	Anhang.....	16
3. Die Bundeswehr: Nachhaltigkeitsberichte: Generelle Bewertung.....	6	Anmerkungen und Quellenangaben.....	17
3.1 Umfeld, Entwicklung, Inhalte der bisherigen NB.....	6		
3.2 (Fehlende) Strategie.....	6		
3.3 Wesentliche Aufgabenfelder der Bundeswehr.....	7		
3.4 Darstellung der CO ₂ -Emissionen.....	9		
3.5 Militärische NB in anderen Ländern.....	9		

Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen